

P/XVIII/32

Bonn, den 14. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 Sagt offen, was ihr wollt ! 48

Die CDU und die "Linksintellektuellen"
in Rundfunk und Fernsehen

2 - 3 Zustände oder Zuständigkeiten ? 62

Zur Wissenschaftsdebatte des Bundestages
Von Dr. Paul Kübler, MdB

3 Retter Österreichs 30

Zum Tode von Oskar Helmer

4 "Sie werden es nicht für möglich halten ..." 46

Ministerialbürokratie überrollte Bundestag
Von Max Seidel, MdB

5 Begrüßenswerter Fortschritt 38

Wirtschaftsplanung für Entwicklungsländer

6 Weltfeind Nummer eins - der Hunger 50

Alarmierende Zahlen
Von Bruno Kuster, Genf

Chefredakteur Günter Markscheffel

Sagt offen, was ihr wollt !

Die CDU und die "Linksintellektuellen" in Rundfunk und Fernsehen

G.M. - Seit Wochen wird von einer Gruppe in der CDU/CSU ein häßlicher Kampf gegen Rundfunk und Fernsehen geführt. Nichts gegen berechnete Kritik; sie ist notwendig, sie ist das Salz der Demokratie. Aber was sich jetzt, abspielt, erinnert leider an jene Zeiten, in denen andere vor uns gegen "Linksintellektuelle und sonstige Schädlinge" zu Felde zogen.

Die CDU-offiziöse "Politisch-Soziale Korrespondenz" gebraucht dabei verallgemeinernde Unterstellungen, Verdächtigungen und sehr unterschwellige Andeutungen. So wird im Blick auf Rundfunk und Fernsehen von einem "okkupierten Monopol" gesprochen, das sich diese öffentlichen und in ihrer Arbeit durch Rundfunkgesetze im Rahmen einer legalen und freiheitlichen Rechtsordnung bestehenden Institutionen angeblich anmaßen. Man behauptet, "gerade von Linksintellektuellen" und von Leuten, die uns "die Besatzung beschert" hätten, würden fast nur jene angegriffen, die in der parlamentarischen Demokratie Verantwortung tragen. Generell wird dem Fernsehen und den Rundfunkanstalten der Vorwurf "schlüdriger Arbeit" und "politischer Einseitigkeit" gemacht, und - damit nichts fehlt - wird auch noch Generalinspekteur Förtsch bescheinigt, er habe das Recht, "aufklärende Worte an die Truppe" im Zusammenhang mit der Sendung des Stalingrad-Stückes zu richten.

Da wird von "Monopolgewaltigen" in Rundfunk und Fernsehen geschrieben, die "die mächtige Hand am Drücker" haben. Es wird auf "anonyme Mächte" verwiesen, die "legal oder illegal" in der Bundesrepublik Einfluß auf die Politik zu nehmen versuchen.

Das ist genau die Sprache, das sind die gleichen Formulierungen, mit denen man in der Weimarer Republik gegen "Linksintellektuelle" zu Felde zog, um sie mundtot zu machen.

Es ist einfach nicht wahr, daß die deutschen Rundfunkanstalten und das Fernsehen von irgend jemandem monopolisiert werden. Bekanntlich werden Rundfunk und Fernsehen laut Gesetz in ihrer künstlerischen, politisch-informatorischen und politisch-gestaltenden Tätigkeit ständig von den dazu berufenen Rundfunkräten kontrolliert. Diese Rundfunkräte entsprechen in ihrer Zusammensetzung den politischen und weltanschaulichen Gruppierungen der Bevölkerungsstruktur des Sendebereichs der betreffenden Rundfunkanstalten.

Auch auf die personelle Besetzung der Redaktionen in den Rundfunkanstalten haben die Rundfunkräte entscheidenden Einfluß. Sie, die Rundfunkräte, einschließlich die der CDU angehörenden, wären also völlig unbedarft, wenn sie die "Monopolisierung" irgendeiner politischen oder weltanschaulichen Gruppe in Rundfunk und Fernsehen zuließen.

Gewiß ist diese oder jene Sendung kritikwürdig, und wir wären die Letzten, die ein Blatt vor den Mund nehmen würden, wenn wir glaubten, Kritik üben zu müssen. Aber die verallgemeinernde und mit hintergründigen Bemerkungen (Linksintellektuelle, Monopolgewaltige, anonyme Kräfte, von der Besatzung beschert) betriebene Programmschelte ist genau die Methode, mit der die freiheitliche Ordnung zersetzt wird. Wenn man den Regierungs- oder Staatsrundfunk, etwa nach dem Muster Frankreichs, haben will, dann soll man es offen sagen.

Zustände oder Zuständigkeiten ?

Zur Wissenschaftsdebatte des Bundestages

Von Dr. Paul Kübler, MdB

Die Bundestagsdebatte vom Mittwoch, ausgelöst durch die Große Anfrage der SPD, hat deutlich gezeigt, daß der Wissenschaftsminister noch um Zuständigkeiten kämpft, obwohl er sich doch schon um die Zustände in Wissenschaft und Forschung und den dazu notwendigen Unterbau des gesamten Bildungswesens kümmern müßte.

Harte Tatsachen stehen fest. Der Bedarf an jungen Akademikern wird in der Bundesrepublik ständig steigen. Im Vergleich mit anderen Kulturnationen oder technisierten Staaten müßten wir schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb die Studentenzahlen erhöhen, wenn wir noch selbständige wissenschaftliche, wirtschaftliche und technische Leistungen hervorbringen wollen.

Die Begabungsreserven sind eindeutig in unserem Volke vorhanden, aber sie werden schon bei den zehnjährigen Kindern durch die bekannten Zustände bei der Schulwahl unterdrückt. Die Statistik zeigt völlig eindeutig, daß die ländliche Bevölkerung wegen des Fehlens weiterführender Schulen nur 3,7 Prozent der Studenten stellt. Kinder von Industriependlern tauchen ebenfalls nur mit 5,2 Prozent an den Hochschulen auf.

Ursache dieses Zustandes ist nicht der Mangel an Intelligenz, sondern der Wohnsitz vieler zehnjähriger Kinder. Von 173 000 Studierenden sind nach der letzten Statistik nur 39 000 weiblich, obwohl die jungen Damen in einzelnen Fakultäten bereits die Mehrheit haben. 2400 Pharmaziestudentinnen stehen nur 1600 männlichen Kollegen gegenüber. Was hier von der Intelligenz und Leistung her gesehen den jungen Mädchen möglich ist, dürfte auch auf vielen anderen wissenschaftlichen Gebieten durchaus wahrscheinlich sein, wenn alte Vorurteile abgebaut werden.

Besonders deutlich zeigen sich rein statistisch die Begabungsreserven, wenn man den Besuch weiterführender Schulen in den einzelnen Bundesländern vergleicht. Völlig unmöglich ist der Gedanke, daß die Menschen in einem Bundesland klüger sein sollen als in dem anderen. Wer aber trotzdem diesen Verdacht äußert, muß sich belehren lassen, daß die Kinder der Flüchtlinge in genauen Verhältnis zu den Altersgruppen ihrer neuen Heimat weiterführende Schulen besuchen. Es sind also eindeutig die regionalen Bedingungen, die wir ändern können, an den Studentenzahlen schuld und nicht irgendein naturgegebenes Phänomen mangelnder Intelligenz.

Wir verfügen auch offensichtlich über qualifizierten Nachwuchs für die Hochschullehrerlaufbahn, wenn wir die nötigen Ermutigungen geben. Auch hier einige Zahlen: Die Universitäten Bonn und Freiburg haben annähernd gleich viele Studenten, die in Bonn von 935, in Freiburg von 936 wissenschaftlichen Lehrpersonen betreut werden. Aber in Bonn kommen auf 114 ordentliche Professoren nur 321 wissenschaftliche Assistenten, während Freiburg mit 85 ordentlichen Professoren 468 Assistenten braucht. Göttingen und Heidelberg sind ebenfalls vergleichbar. Aber auf eine ordentliche Professur in Göttingen kommen 2,5 Assistenten, in Heidelberg dagegen 4,5 und in Tübingen fast 5.

Man rede also bei diesen Verschiedenheiten nur nicht vom "unabänderlichen Schicksal"! Es muß sachlich festgestellt werden, daß diese Zustände mit einigem guten Willen verändert werden können. Die Bundestagsdebatte hat eindeutig gezeigt, daß der Bund für die Förderung der Wissenschaft und Forschung verantwortlich ist. Die Universitäten sind schon heute überfüllt. Neugründungen und Neubauten sind nötig, aber eine 20-prozentige Kürzung der Bauvorhaben zur Dämpfung der Baukonjunktur ist nach Meinung der Sozialdemokratischen Fraktion nicht zu verantworten.

Man könnte die bestehenden Universitäten schon heute dadurch entlasten, daß während der Ferienzeit wissenschaftlich weiter gearbeitet wird. Drei Monate Ferien, also ein Viertel der Semesterzeit, könnten dazu benutzt werden, daß die Studentenzahlen um mindestens zehn bis 15 Prozent durch schnelleres Studium verringert werden könnten.

Sehr viele Studenten sind aber leider noch gezwungen, in den Ferien das Geld für den Lebensunterhalt zu verdienen. Wenn wissenschaftsfremde Erwerbstätigkeit auf Kosten der vom ganzen Volk zu finanzierenden Studienzzeit geht, muß hier Abhilfe geschaffen werden. Die sozialdemokratische Forderung nach einer Ausweitung der Stipendien ist deshalb nicht nur ein langjähriger Wunsch, sondern heute auch ein Rat der praktischen Vernunft.

+ + +

Retter Österreichs

Zum Tode von Oskar Helmer

sp - Der Tod des früheren langjährigen österreichischen Innenministers Oskar Helmer läßt die Erinnerung an jene Tage wach werden, in denen das Schicksal der Alpenrepublik in der Schwebe stand. Zu Beginn der fünfziger Jahre kam es, assistiert von der sowjetischen Besatzungsmacht, zu einem Putschversuch der Kommunisten in Wien und Niederösterreich. Er wurde durch die Wachsamkeit der Arbeiterschaft und der Polizei, die dem Befehl Helmers unterstand, niedergeschlagen, und damit wurde eine für Österreich verhängnisvolle Entwicklung zur "Volksdemokratie" hin verhindert. Seitdem galt der Haß der Kommunisten dem Mann, der selber aus der Arbeiterschaft kam und zwölf Jahre lang als Innenminister die Grundlagen für die österreichische Demokratie legte. Ihn erwartete, als er sein Amt antrat, die äußerst schwierige, ihn oft in Konflikt mit der sowjetischen Besatzungsmacht bringende Aufgabe der Säuberung des Polizeiapparats von den Kommunisten; diese hatten, berichtigten Mustern der Machtergreifung folgend, führende Stellungen der Polizei und Verwaltung mit ihren Deuten besetzt und warteten auf die Stunde, in der sie loszuschlagen konnten. Als sie kam, begegneten die Kommunisten dem Widerstand Oskar Helmers. Dieser unerschrockene Mann wich in keiner Lage der Gefahr aus, er sagte, wo es notwendig schien, allen seine Meinung, und so war es kein Wunder, daß die Sowjets über ihn eine Zeitlang ein Redeverbot in dem von ihnen besetzten Teil der Republik verhängten. In den Tagen des ungarischen Aufstandes kam für Helmer die schwerste Bewährungsprobe, und er bestand sie. Viele zehntausende Ungarn verdanken ihm Schutz und Leben. Oskar Helmer gehört zu den großen Gestalten der Nachkriegszeit Österreichs, die prägende Kraft seiner Persönlichkeit hielt alle in Bann. - Die deutsche Sozialdemokratie trauert mit ihren österreichischen Gesinnungsfreunden um den Verlust dieses Mannes, dessen Wirken und leidenschaftliches Eintreten für Demokratie und gesicherte Freiheit beispielgebend über die Grenzen der Alpenrepublik hinauswirkte.

+ + +

"Sie werden es nicht für möglich halten ..."

Von Max Seidel, MdB

Die Ministerialbürokratie überrollte 1962 in einem Sonderfall den Bundestag und beeinträchtigte damit die Interessen der Kriegsgesopfer.

Was ist geschehen? Im Rahmen der Kriegsgesopferversorgung sind Kapitalabfindungen vorgesehen und werden seit Jahren gewährt. Der Beschädigte, der eine Rente erhält, kann zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes eine Kapitalabfindung erhalten. Die Abfindung ist auf die für einen Zeitraum von zehn Jahren zustehende Grundrente beschränkt. Im Entwurf des Bundeshaushaltes 1962 waren dafür 155 Millionen DM vorgesehen. Aus der Anzahl der gestellten und nicht bewilligten Anträge ging hervor, daß die bereitgestellten Mittel ungenügend sind. Ich hatte daher im Februar 1962 im Haushaltsausschuß den Antrag gestellt, aus den Minderausgaben der Versorgungsbezüge 45 Millionen DM zusätzlich für die Kapitalabfindungen bereitzustellen, so daß insgesamt 200 Millionen DM hätten zur Verfügung stehen können. Der Antrag wurde vom Haushaltsausschuß und danach vom Parlament angenommen. So weit, so gut!

Gut fand diesen Beschluß die Ministerialbürokratie des Finanzministeriums nicht. Die beschlossene Ergänzung in der Erläuterung zur Kapitalabfindung wurde im ausgefertigten Haushaltsplan 1962 einfach weggelassen. Damit war dem weiteren Begehren auf Kapitalabfindungen über 155 Millionen DM hinaus ein Riegel vorgeschoben. Wer wird das schon kontrollieren? - sagten sich die Verantwortlichen. Tatsächlich ist die Sache erst ein Jahr später aufgekommen.

Als ich bei der Beratung des gleichen Themas "Kapitalabfindungen 1963" das Protokoll des Haushaltsausschusses vom 27. Februar 1962 und den schriftlichen Bericht vom 27. März 1962 an den Bundestag noch einmal zur Hand nahm und mit dem ausgedruckten Haushaltsplan 1962 verglich, wurde die Selbstherrlichkeit der Exekutive entdeckt. Bei der diesjährigen Etatberatung wurde das Ministerium im Ausschuß zur Rede gestellt. Es gab nur faule Ausreden, nicht einmal eine Entschuldigung.

Ob diese Brückierung des Bundestages nur einen Einzelfall darstellt, möchte ich dahingestellt sein lassen. Leider hat der Abgeordnete weder Zeit noch ausreichende Möglichkeiten jeden Schritt der Exekutive bei der Ausführung der Beschlüsse des Bundestages zu überprüfen.

Woher die Selbstherrlichkeit? Sie ist mit das Ergebnis der schlechten Beispiele die von der Bundesregierung (Adenauer - Strauß - Blank) dem Parlament gegenüber so oft gegeben werden.

Abermals hat der Haushaltsausschuß beschlossen, für die Kapitalabfindung 1963 den eingesetzten Betrag von 155 Millionen DM um 45 Millionen DM - diesmal in Form der Bindungsermächtigung - zu erhöhen, so daß dem Mehrbedarf der Kriegsgesopfer für die eigentumsbildenden Maßnahmen aus der Kapitalabfindung weitgehend Rechnung getragen werden könnte. Man darf annehmen, daß diesmal der Beschluß des Parlaments durch die Exekutive respektiert wird.

Ein nochmaliges anderes Vorgehen würden auch die Bundesbürger gewiß nicht für möglich halten.

Begrüßenswerter Fortschritt

Wirtschaftsplanung für Entwicklungsländer

sp - Es geschehen Zeichen und Wunder. Noch vor Jahresfrist war es nicht nur in der Bundesrepublik sondern auch in anderen europäischen Ländern gang und gäbe, jeden als "Kommunisten" zu verdächtigen, der bei Diskussionen über die wirkungsvolle Entwicklungshilfe behauptete, man müsse so etwas wie planwirtschaftliche Maßnahmen anwenden. Jetzt ist die Genfer Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen mit großer Mehrheit zu der Überzeugung gelangt, daß planwirtschaftliche Maßnahmen in den wirtschaftlich weniger entwickelten Staaten Afrikas, Asiens und Südamerikas "eine Selbstverständlichkeit" seien. Die Mehrheitsauffassung wurde in der vergangenen Woche von dem Stellvertreter des UNO-Generalsekretärs, U Thant, für Wirtschafts- und Sozialfragen, dem Franzosen de S e y n e s , wie folgt zusammengefaßt:

- * "Für unterentwickelte Wirtschaften ist Planwirtschaft am notwendigsten. Gesellschaftssysteme
- * einer gewissen Reife, wie es sie in Europa und
- * Nordamerika gibt und bei denen die Produktion
- * unter dem Zeichen des wissenschaftlichen und
- * technischen Fortschritts steht, können sich
- * außerhalb eines Plans entwickeln. Ganz anders
- * ist es jedoch bei den unterentwickelten Ländern, wo
- * Entwicklung nicht nur Wachstum bedeutet, sondern auch eine tiefgreifende Umgestaltung der gesellschaftlichen Strukturen, wo der
- * Druck der geographischen und politischen Gegebenheiten und das Fehlen einer ausreichenden
- * sozialen Organisation sich so auswirken, daß
- * die Summe der Privatinitiativen keine ausreichende
- * Antriebskraft bilden. Der Staat muß aktiv in
- * den Prozess der Kapitalbildung ebenso eingreifen
- * wie in die Ausrichtung der Investitionen, die
- * sich aus ihm ergeben."

Als von einigen Delegierten Bedenken geäußert wurden, die Planwirtschaft könne in den Entwicklungsländern Ausgangspunkt für "kommunistische Experimente" werden, wies de Seynes diese Unterstellung energisch zurück. Er betonte, Planwirtschaft sei n i c h t ein kommunistischer Begriff; das zeigten besonders die Erfahrungen mit der französischen, schwedischen und japanischen Planwirtschaft, durch die hervorragende Ergebnisse erzielt worden seien.

Feind Nummer eins - der Hunger

Von Bruno Kuster, Genf

Bis 1980 muß die Nahrungsmittelproduktion der Welt verdoppelt und bis zum Jahre 2000 - das heißt in weniger als vier Jahrzehnten! - verdreifacht werden, um eine, wenn auch nur bescheidene, Verbesserung der gegenwärtigen Ernährungslage zu erzielen. Denn im gleichen Zeitraum wird die Zahl der Erdbewohner von gegenwärtig drei auf sechs Milliarden zunehmen. Die landwirtschaftlich nutzbare Fläche hat je Erdbewohner von 80 Aren im Jahre 1955 auf 45,2 Aren im Jahre 1959 abgenommen. Im Jahre 2000 werden es noch 20 Aren sein.

In diesen Tagen traf in Genf eine von den Vereinten Nationen einberufene Konferenz zusammen, die darüber berät, wie Wissenschaft und Technik noch wirksamer gegen die "Unterentwicklung", deren aufwühlendste Erscheinung der Hunger ist, eingesetzt werden können. Es wurde der Versuch unternommen, eine ungefähre Vorstellung der Grösse der Aufgabe zu vermitteln - soweit das mit Zahlen überhaupt möglich ist -, die in den nächsten paar Jahrzehnten gelöst werden muß.

Die Bewährungsprobe

Die Notwendigkeit, im Jahre 2000 sechs Milliarden Menschen halbwegs anständig zu ernähren, zu kleiden und vor den Unbilden der Witterung zu schützen, stellt Regierungen und Völker der ganzen Welt gemeinsam vor eine Bewährungsprobe, deren Ernst überhaupt nicht überschätzt werden kann.

Hier einige Beispiele: Die erforderliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in den unterentwickelten Gebieten macht bis 1970 eine Verachtfachung des Verbrauches von Kunstdünger und eine Verdreifachung des selektionierten Saatgutes nötig.

Die unzulängliche Wasserversorgung ist eines der wichtigsten Hindernisse auf dem Wege zur Verbesserung der sanitären Verhältnisse und zum allgemeinen Fortschritt. Das Wachstum der Städte vollzieht sich gegenwärtig zwei- bis dreimal schneller als der Ausbau der Wasserversorgung. Außerhalb von Europa und Nordamerika müßten dafür jährlich 400 Millionen Dollar aufgewendet werden (gegenüber heute 50). Die Versorgung der ländlichen Gebiete mit Wasser erfordert eine Anstrengung der gleichen Größenordnung. Um die Versorgung der Entwicklungsgebiete mit elektrischer Energie zu verbessern, sind jährliche Investitionen in Höhe von zwei Milliarden Dollar notwendig.

In Afrika sollte die Zahl der Primarschüler bis 1970 von gegenwärtig 40 auf 70 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter gebracht werden. In Asien hofft man, bis dahin wenigstens die Hälfte der Kinder zur Schule schicken zu können. Lateinamerika bemüht sich, bis 1970 allen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen.

Die Industrieproduktion der Entwicklungsländer muß bis 1970 um 150 Prozent gesteigert werden, um eine jährliche Zuwachsrate des Nationaleinkommens von fünf Prozent zu erreichen. Dadurch steigt der Importbedarf an industriellen Investitionsgütern von gegenwärtig drei auf sechs Milliarden Dollar. - Man schätzt, daß in Afrika, Asien und Lateinamerika etwa eine Milliarde Menschen kein Dach über dem Kopf hat oder in Elendshütten haust. Allein die Städte Afrikas werden bis 1970 über 200 Millionen zusätzliche Einwohner unterzubringen haben. Wenn nicht außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden, wird in zehn bis zwanzig Jahren die große Mehrheit der Menschheit in stinkenden Slums hausen. - Genügen diese Kennziffern, um zu zeigen, daß Entscheidungen überfällig sind?